
Freie Demokraten im Hessischen Landtag

KNELL: MIT DER WOLFSPOPULATION STEIGT AUCH DIE BEDROHUNG

06.12.2022

- **Förderung von Weidetierhaltern geht an Bedürfnissen vorbei**
- **Freie Demokraten fordern Abschaffung der Wolfspräventionsgebiete**
- **Problemwölfe benennen und notfalls entnehmen**

Wiebke KNELL, umweltpolitische Sprecherin der Freien Demokraten im Hessischen Landtag, hat die Landesregierung vor dem Hintergrund zunehmender Wolfsnachweise zu Nachbesserungen bei der Förderrichtlinie für Weidetierhalter aufgerufen: „Die zuständige Ministerin Priska Hinz kann nicht länger die Augen davor verschließen, dass die Bedrohung durch den Wolf größer wird. Meldungen von Sichtungen häufen sich, und erst vergangene Woche wurde wieder ein genetischer Nachweis erbracht, dass ein weiterer Wolf in Hessen heimisch ist. Damit werden auch die Sorgen der Weidetierhalter größer“, erklärt Knell. „Die bestehende Richtlinie geht leider an den Bedürfnissen der Tierhalter vorbei. Die Wolfspopulation in Hessen wächst stetig und breitet sich auch räumlich immer weiter aus. Es ist deshalb nicht mehr vermittelbar, Förderungen nur in sogenannten Wolfspräventionsgebieten zu gewähren.“

Knell beklagt, dass die Förderung von Zäunen äußerst praxisfremd gestaltet sei und deshalb kaum nachgefragt werde. Auch die veränderte Förderung von Herdenschutzhunden sei absehbar ein Flop: „Es wird nur der Unterhalt derjenigen Herdenschutzhunde gefördert, deren Kauf zuvor bereits gefördert wurde. Das führt dazu, dass kaum jemand die Förderung in Anspruch nehmen können wird“, erläutert Knell. Für sie ist klar: „Dauerhaft wird eine unkontrolliert wachsende Wolfspopulation in Hessen nicht mit der Weidetierhaltung vereinbar sein. Das Umweltministerium muss Problemwölfe daher als solche benennen und diese entnehmen lassen. Das ist schon jetzt rechtlich möglich. Darüber hinaus braucht es ein aktives Bestandsmanagement. Die

Bundesregierung hat angekündigt, dafür die nötigen rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen.“

Kontakt:

Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag

Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de